

Artikel vom 05.10.2020

[Home-Office](#)

## Mindestanspruch ist praxisfern und führt zu großen Ungerechtigkeiten



Harsche Kritik übt der Vorsitzende der Mittelstands-Union Bayern und frühere Bayerische Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer am Entwurf für „Das Mobile-Arbeit-Gesetz“, den Bundesarbeitsminister Hubertus Heil kürzlich vorgelegt hat. Dies sei, so Pschierer, ein Gesetz „von Beamten für Beamte“ und zeige, wie weit sich die SPD inzwischen von ihrer einstigen Wählerklientel entfernt hat.

„Für einen Großteil der Berufstätigen, egal ob in der Industrie, im Handwerk oder in Dienstleistungsberufen, wird dieses Gesetz wirkungslos sein. Mit einer solchen Regelung teilt Bundesminister Heil die Arbeitnehmerschaft in jene auf, die ihre Arbeit zu Hause verrichten können, und jene, bei denen das nicht geht. Dies gilt beispielsweise für Pflegefachkräfte, Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Industriearbeiter und viele Dienstleistungsberufe im Handwerk und im Handel“, betont Pschierer.

Der Staat greife hier, so Pschierer weiter, in unzulässiger Weise in die Betriebsabläufe der Unternehmen ein. Nicht zuletzt bringe das Gesetz auch Unfrieden in die Belegschaft von Unternehmen.

„Ein generelles Recht auf Home-Office ist vielleicht in der öffentlichen Verwaltung umsetzbar, in der

Privatwirtschaft dagegen geht ein Rechtsanspruch auf 24 Tage Homeoffice völlig an der Realität vorbei. Denn weder entspricht ein solches generelles Recht den Möglichkeiten vieler unserer Unternehmen, noch orientiert es sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Beschäftigten. Schon jetzt hat Bundesminister Heil die Möglichkeit, seinen Beamtinnen und Beamten Homeoffice im bestimmten Umfang zu ermöglichen. Wir sollten deshalb für die Privatwirtschaft auf freiwillige Übereinkünfte bauen, die flexibel auf die jeweilige betriebliche Situation angepasst werden können. Vielerorts bieten Arbeitgeber ihren Mitarbeitern schon heute die Möglichkeit an, von zu Hause zu arbeiten, sofern und soweit es die betriebsinternen Abläufe erlauben. Das ist meiner festen Überzeugung nach auch der vernünftigste und praktikabelste Weg, wie Homeoffice in den Betrieben sinnvoll eingesetzt werden kann. Ein starres ‚Rechtskorsett‘, wie der vorgelegte Gesetzesentwurf eines darstellt, den Unternehmen und ihren Beschäftigten aufzuzwingen ist dagegen der gänzlich falsche Weg und aus diesem Grunde auch abzulehnen“, so Pschierer abschließend.